

/ Friedenspolitik in der Schweiz – Im Ausland fix, im Innern nix?

Ich werde die gestellten Fragen über die Schweizerische Friedenspolitik im In- und Ausland aus der Praxis des cfd beleuchten und damit bewusst eine subjektive Perspektive wählen. Der cfd hat in seiner bald 70-jährigen Geschichte die Entwicklungen der Schweizerischen Friedenspolitik eng begleitet und – mindestens auf der nicht-regierungsseite – mitgeprägt. Er verstand und versteht sich als ein kritischer Akteur in dieser Entwicklung.

Eine der Leitfragen, die Anita Müller mir zur Vorbereitung geschickt hat, betrifft die Befindlichkeit der friedenspolitischen Bewegung heute. Um dies zu beantworten möchte ich etwas ausholen, denn ich denke, eine «friedens**politische** Bewegung», in dem breiten Sinne, wie der cfd Frieden versteht, gibt es nicht, hat es nie gegeben. Es hat zu verschiedenen Zeiten Anti-Kriegsbewegungen gegeben, es hat eine Anti-Atombewegung gegeben, es gab Nord-Süd-Solidaritätsbewegungen, es gab /gibt(?) eine Frauenbewegung, es gibt eine globalisierungskritische Bewegung, etc. Ein breiter Friedensbegriff bezieht personale, strukturelle und kulturelle Gewalt in seine Analyse ein. Er fordert Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern im Zugang zu Ressourcen, zum öffentlichen Raum und zu politischer und gesellschaftlichen Partizipation. Daher komme ich zum Schluss, dass Frieden SO breit nur von Feministinnen definiert wird, die Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse aus einer Genderperspektive betrachten.

Der cfd entstand aus einer Bewegung von Menschen, die sich für eine gerechtere Welt einsetzten. Seit seiner Gründung hat er sich verändert und durchlief einen sogenannten Professionalisierungs- und Institutionalisierungsprozess. Heute haben wir zu weiten Teilen das Bewegungsmodell verlassen. Die Themen, an denen wir arbeiten, sind komplexer geworden, unsere Forderungen und Visionen vielleicht realpolitischer, wir arbeiten längerfristig und spezialisierter. Auch unser Umfeld hat sich verändert: Die Leute, welche die Basis einer Bewegung bilden, leben zunehmend individualisiert und engagieren sich heute spezifisch, sporadisch und aktions- oder themenbezogen (Beispiel: Anti-Kriegsdemos, Reaktionen auf Abwahl von Bundesrätin Ruth Metzler). Die Friedens- und Frauenbewegung also solche haben sich also aufgelöst und kontextspezifischem Engagement Platz gemacht. Umgekehrt fand eine Annäherung zwischen den friedenspolitischen, feministischen und Solidaritätsbewegungen und den staatlichen Institutionen statt. Im **feministischen** Bereich hat das sicher mit der Einführung von Gleichstellungsbüros und Gender-Mainstreaming zu tun, im **friedens- und entwicklungspolitischen** Bereich mit einem nach dem kalten Krieg veränderten Diskurs über Sicherheit, Entwicklung und Frieden.

Was haben diese Annäherungen für Auswirkungen auf die konkrete **feministisch-friedenspolitische** Arbeit im In- und Ausland?

Ein friedenspolitischer Ansatz wie ihn der cfd vertritt, legt seinen Fokus auf die politischen und gesellschaftlich Partizipation von Frauen. Lange war ein solches *ins Zentrum stellen* der Frauen umstritten aber seit den 90er Jahren gehört der Empowermentansatz auch für internationale und Regierungsorganisationen zumindest zum rhetorischen Mainstream. Dabei genießt Projektarbeit, wie sie der cfd im Ausland und im migrationspolitischen Kontext der Schweiz realisiert, Pilotcharakter. Insofern finden jahrelang postulierte Forderungen der nationalen und internationalen Frauenbewegung Eingang in die offizielle Politik. Die Ergebnisse davon finden sich meist in Satzungen und Resolutionen wie beispielsweise in der Frauenrechtskonvention oder in der UNO-Resolution 1325 sowie in den Millenniumszielen. Das sind zumindest Absichtserklärungen, die ein breiteres Friedensverständnis anvisieren als die reine Abwesenheit von Krieg.

Auch das in den letzten Jahren zunehmend von der UNO, einzelnen Staaten und Staatenverbänden, ebenso wie von Entwicklungsorganisationen postulierte Konzept der menschlichen Sicherheit will den militärischen Sicherheitsdiskurs um zivilgesellschaftliche und strukturelle Elemente ergänzen und lässt damit auch feministische Herzen höher schlagen, bietet es doch einen Rahmen, um individuelle und zivilgesellschaftliche – soziale, kulturelle und wirtschaftliche – Risiken und Gefahren zu

thematizieren. Dies eröffnet die Möglichkeit, gendersensiblen Bedürfnissen und sozialen Vorstellungen von Sicherheit Rechnung zu tragen.

In der internationalen Zusammenarbeit ist man also bemüht, Friedensförderung unter einem breiten Friedens- und Sicherheitsbegriff zu betrachten und das bedeutet, die Friedenserziehung und die Stärkung von Frauen als Transversalthemen wenigstens mitzudenken.

Ganz anders in der Schweiz. Hier werden Empowerment- und Partizipationsprojekte weiterhin belächelt und die Friedenspolitik als eine von der Gleichstellungspolitik unabhängige betrachtet. Das heisst, es fehlt an Anerkennung und finanzieller Unterstützung für präventive Konfliktarbeit und Friedensprojekte die das Ziel verfolgen, die Zivilgesellschaft und speziell die Frauen zu ermächtigen, an den herrschenden Werten und Strukturen zu rütteln.

Einmischung in die Friedenspolitik wird vom Staat also vorwiegend im Ausland gefördert. Hier in der Schweiz ist es nachgerade schwierig, Nachwuchs zu finden. Friedenspolitische Bildungs- und Sensibilisierungsarbeit ist ein Nischenprodukt und wer es anbietet, hat Mühe, Finanzierung dafür zu finden. Diese Erfahrung machten wir mit einem nun zum zweiten Mal stattfindenden Kurs zu feministischer Friedenspolitik, der sich an junge Frauen im Alter von 18 – 25 Jahren richtet. Es war weder einfach die Finanzierung noch das Interesse der Zielgruppe zu finden. Weshalb der Nachwuchs zögert einzusteigen ist schwer zu ergründen. Das Fehlen von Bewegungen führt dazu, dass es an Orten und Rahmen für das Reflektieren von Inhalten und das Sammeln von Praxiserfahrungen fehlt. Die Universitäten vermittelten zwar theoretische Inhalte, befähigen die jungen Frauen aber kaum, die für einen Berufseinstieg verlangte Praxis zu erlangen. Dadurch entsteht ein Teufelskreis – mangels Einsatzmöglichkeiten in öffentlichen Kampagnen oder eben Bewegungen, kann weder Nachwuchs gefunden, noch die interessierte Minderheit gefördert werden.

NGOs die sich in diesem Arbeitsfeld engagieren, haben oft mit Anerkennungs- und Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Dies ist um so absurder, als dass analoge Projekte auf dem internationalen Terrain im Rahmen von Gouvernanz und Stärkung der Zivilgesellschaft sowohl von Hilfswerken wie von staatlichen Friedensförderungsprogrammen gefördert werden. In den Konfliktgebieten im Ausland gilt Bildungsarbeit für Jugendliche im Bereich Menschenrechte, und politische Nachwuchsförderung mit speziellem Fokus auf junge Frauen – als *state of the art* und wird gefördert und unterstützt. Das PromotorInnen- oder MultiplikatorInnensystem, sei dies im Gesundheits-, im Rechts- oder im Landwirtschaftsbereich, gekoppelt mit dem persönlichen Empowerment junger Menschen ist ein beliebtes Feld friedens- und entwicklungspolitischer Projektarbeit.

Friedensförderung im Sinne von Stärkung und Integration marginalisierter Minderheiten im Ausland ist sicher lobenswerte Aussenpolitik. Sie kann aber strukturkritisches politisches Engagement, wie es nach wie vor von NGOs und Bewegungen geleistet wird, nicht ersetzen. Friedenspolitische Aussenpolitik muss sich mit der Kritik über die Widersprüche auseinandersetzen, in die sie sich verstrickt, wenn sie sich gleichzeitig der Wirtschaftsförderung, der Migrationsbekämpfung und der internationalen Friedensförderung widmen will. Insofern muss der breite Friedensbegriff, wie er vom Human Security- Ansatz favorisiert wird, auch in der Innenpolitik zur Anwendung kommen. Das würde bedeuten, auch hier eine Politik zu verfolgen, die der Prekarisierung in der Arbeitswelt, dem Sozialabbau und der Atomisierung der Gesellschaft entgegen wirkt.

Die inhaltliche Übereinstimmung und das gemeinsame Agenda-Setting von staatlichen Institutionen, NGOs, friedenspolitisch engagierten Parteien und Bewegungen, ist sicher positiv zu bewerten und birgt viel konstruktives Potential in sich. Offene Fragen oder Diskussionsbedarf sehe ich hingegen in folgenden Bereichen:

- In der Kohärenz der Politik der verschiedenen staatlichen AkteurInnen in Bezug auf Inland/ Ausland und in Bezug auf die verschiedenen Politikbereiche.

- In der Anerkennung und Förderung von friedenspolitischen Initiativen aus der Zivilgesellschaft im Inland
- In einer klaren Benennung der unterschiedlichen Aufgaben, Möglichkeiten, Potenzialen und Grenzen von staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen.
- Und, hier möchte ich zum Schluss auch noch selbstkritisch hinzufügen, dass sich die nicht-staatlichen AkteurInnen überlegen und bewusst entscheiden müssen, welche Rolle sie übernehmen wollen. Plakativ und provokativ formuliert - wie weit sie bereit sind, z.T. widersprüchliche Regierungspolitiken umzusetzen und somit zu einem gewissen Grad auch zu legitimieren. Die selbe Frage müssen sich übrigens auch Bewegungen stellen. In diesem Kontext sehe ich das KOFF als einen wichtigen, wo gemeinsame NGO-Politiken und – Strategien diskutiert und kanalisiert werden können.

Barbara Müller, 12. Mai 06